

werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Akkord-Expeditionen
End. Rose, Hanflein & Vogler A.-G.
G. L. Dauke & Co., Insolvenzamt.

Berantwortlicher Redakteur:
C. Fontane
in Posen.

Berantwortlicher für den
Inseratenheft:
J. Slugkis
in Posen.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Nr. 74

Die "Posener Zeitung" erscheint wöchentlich drei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Sonnabend, 30. Januar.

1892

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

8. Sitzung vom 29. Januar, 11 Uhr.

Die erste Berathung des Volksschulgesetzes wird fortgesetzt:

Abg. Dr. Virchow (dfr.): Die Stellung der Parteien gegen einander hat allmählich eine gewisse Deutlichkeit und Schärfe angenommen. Mit Erstaunen sehen wir, daß auf der Zentrumssseite die Wünsche wieder neu eingesetzt sind, daß die scheinbare Verübung, welche eine Zeit lang eingetreten war, auch durch dieses Gesetz nicht gewonnen werden wird, daß vom Zentrum schon hier weitergebende Wünsche ausgesprochen worden sind; und der Kultusminister wird sich vorbereiten müssen, wenn er das Gesetz unter Dach gebracht hat, von neuem anzufangen in der alten Phase der Entwicklung. Von den Konservativen haben wir freilich gehört, daß sie nicht weiter gehen werden. Wir aber trauen ihnen nicht mehr, nicht Ihrem guten Willen, aber der Dauerhaftigkeit Ihrer Entschlüsse, seitdem wir Sie auf den Pfaden finden, wo Sie jetzt sind. Mit einer gewissen Schwermuth sehen wir dem Augenblick entgegen, wo Sie einer Führung unterliegen, wo Sie eine weitere Konzession dem Zentrum zugesiehten geneigt sein werden. Dazu haben Sie ja in den eigenen Reihen den Verführer, als welchen sich Herr Stöcker vorgestellt hat, (Heiterkeit), der ja seine weitergehenden Wünsche auf der Synode dargelegt und gezeigt hat, daß die protestantische Kirche eine neue Sturmperiode vorbereitet. Unter diesem sehr bedenklichen Zeichen beginnen wir diesen Feldzug. Und während wir anfangs sehr geneigt waren, eine Verbesserung des Gesetzes in der Kommission zu versuchen, sind wir jetzt resignirt und haben keine Hoffnung, einem der Gedanken Ausdruck zu geben, die wir als bestimmt für die Zukunft der Nation ansiehen.

Dieses Gesetz ist von der allerhöchsten politischen Bedeutung; als politisches Gesetz hebt es sich in seiner Bedeutung weit über alle politischen Alte der letzten Zeit, auch über die sozialpolitischen hinaus (Sehr wahr! links), und wird weit mehr bestimmt werden für die Zukunft unserer Nation. Der Kultusminister hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Konsequenzen bis zu Ende ziehen will. Der Kultusminister will an die Stelle der Religion die Konfession setzen und auf diese die Zukunft des Staates aufbauen. Diese Auffassung ist in der That in der Geschichte ganz neu. Ich habe vergeblich meine historische Erinnerung durchsucht, ob irgendwo in der Welt der Versuch gemacht ist, ein großes Staatswesen auf zwei Konfessionen zu begründen. Die anderen Konfessionen kommen für dies Gesetz ja praktisch nicht so in Betracht, obwohl wir mit unserem Kolonialbesitz allmählich immer neue Konfessionen bekommen werden. (Heiterkeit.) Mit einer solchen Begründung auf die Konfession findet sich auch immer das organisierte Hohe Priesterthum ein. Haben wir dasselbe bisher nur für eine Konfession gehabt, so wissen wir, daß die Herren der Generalsynode recht gern auch ein protestantisches Hohepriesterthum entstehen lassen. In der ganzen geschichtlichen Entwicklung bedeutet das organisierte Priesterthum das, was Sie jetzt Religion nennen. Ich erinnere mich immer daran, wie die Geschichte der Menschen gefürt worden sind durch die Übermutterung des Hohenpriesterthums. Wenn Priesterthum mit der Wohlfahrt der Nation identisch wäre, warum war der Kirchenstaat, der am schlechtesten regierte, und warum war Alles so erfreut, daß man der weltlichen Monarchie der Kirche ein Ende mache. (Unruhe im Zentrum.) Der Kultusminister sagt, er braucht die Konfession. Aber die Konfession treibt nothwendig zur Organisation, und die Organisation zum Priesterthum. Als Minister Falk die Synodalordnung einführen wollte, habe ich diesem Gedanken hier auch schon scharfen Ausdruck gegeben. Der jetzige Finanzminister war damals Referent in der Kommission, und es hat einen Augenblick gegeben, wo wir mit einander eine gewisse Fühlung hatten. Ich vertrat damals den Standpunkt, daß man mit der Organisation der evangelischen Mitbürger nicht weiter geben sollte, als bis zur Organisation der Gemeinden; wir sollten die Gemeindeverfassung gelehrt feststellen und es den Gemeinden überlassen, aus sich heraus Synoden zu bilden. Alle diese Warnungen waren vergebens. Herr Miquel stürzte mit offenen Augen ins Verderben, und auch Herr Falk war so vertrauensselig, wie jetzt Graf Beditz. Das sieht sich sehr böse an, wenn die Menschen mit ihren Forderungen kommen, aber wenn ein solcher Mensch gar ein Priester ist (Heiterkeit), das erichwert die Situation in höchstem Maße. Mit dem gewöhnlichen Sterblichen kann man sich vielleicht noch verständigen, aber mit den Geistlichen, das ist sehr schwer (Heiterkeit). Was haben wir erlebt: Falk ist zuletzt gestürzt über die protestantische Kirche. Er hat nicht Dank, sondern Vorwürfe geerntet, daß er nicht noch mehr gegeben hat. Niemand im Kreise der protestantischen Orthodoxen ist geneigt anzuerkennen, daß ihre Existenz als organisierte Kirche in Preußen von Falk heraustritt. Im Gegenteil betrachten sie ihn als leibhaften Antichrist.

Diese Art der Organisation führt niemals zu einer Befriedigung. Das Kirchenthum, sobald es sich einmal klerikal gestaltet, hat in sich den Trieb, mehr zu wollen. Zuletzt kommt nicht die Forderung eines Primats, sondern einer Alleinherrschaft. Vielleicht denkt man im Augenblick in der Regierung, man könnte mit den zwei Kirchen eine Art Gegenspiel organisieren, die eine durch die andere eingerammt im Schach halten. Die zwei Kirchen mögen sich wohl stellenweise mit einander vertragen und sogar verbinden wie im Augenblick. Am nächsten Morgen ist aber ganz anderes Weiter (Heiterkeit). Dann sinkt plötzlich das Wetterglas und es beginnt zu donnern. Es ist unmöglich, daß zwei solcher Kirchen auf die Dauer gemeinsame Interessen haben sollen. Jede von ihnen geht nothwendigerweise auf Erweiterung ihrer Propaganda und Organisation los. Schon jetzt wehrt sich der Minister gegen die Forderung des Herrn Stöcker, daß die Kreischulinspektoren konfessionell geschieden werden sollen. Es wird nicht lange dauern, da wird die Forderung aufgestellt werden, die katholische Abteilung im Kultusministerium wieder herzustellen, jene Einrichtung, von der der ganze Streit im Kulturfeld ausgegangen ist (Widerspruch im Zentrum). Ich kann nur erklären, was Fürst Bismarck hier feierlich gejagt hat (Widerspruch

im Zentrum). Darüber kann ich nicht diskutieren, ob er die Wahrschau gefaßt.

Nun meint ja die Regierung, wir brauchen diese Forderungen nicht auszuführen, wir sind stark genug, um dem entgegenzutreten. Vor Jahr und Tag glaubten wir ebenfalls, daß die Regierung stark genug war, um dem entgegenzutreten, was jetzt in diesem Entwurf uns vorsieht. Damals hatten wir keine Ahnung, daß wir sowohl herunterkommen werden. (Oho! rechts und im Zentrum.) Was uns jetzt vorliegt, zeigt aber eine außerordentliche Schwächung der Regierung, ein Nachgeben, das über das weit hinausgeht, was irgendemand für möglich hält. Die Vorlage deckt sich zweifellos in vielen Punkten mit den Windthorstschen Anträgen. Bis auf diese Session hätte es doch Niemand für möglich gehalten, daß die Regierung diese Anträge akzeptieren würde (Unruhe im Zentrum). Der Gesamteindruck nach außen ist doch der, daß die Forderungen des Zentrums voll accepted sind (Widerspruch im Zentrum); noch nicht ganz, aber ein großer Theil des selben (Widerspruch im Zentrum). Redner verfestigt den Wortlaut der Windthorstschen Anträge. Der einzige Unterschied ist der, daß die Regierung ein paar kleine Klauseln gemacht hat. Der Appell an den Regierungspräsidenten ist doch von keiner Bedeutung, denn wenn die kirchlichen Behörden auf ihrer Ansicht bestehen, so behalten sie Recht. Nach außen besteht der Eindruck, daß die Regierung sich den Forderungen des Zentrums fügt. Und nicht nur bei uns in Preußen, sondern auch in den anderen deutschen Ländern herrscht eine große Unruhe. Aus Wien wird mir geschildert: Langstlich verfolgen wir hier die Berathungen des Volksschulgesetzes. Jedermann sagt sich, daß die Annahme des Gesetzes in Preußen auch eine Änderung unserer Volksschulgesetze zur Folge hat, daß der staatliche Charakter der Schulen verloren geht (Hört! Hört! links, Unruhe rechts und im Zentrum). Was also die Regierung hier thut, hat nicht nur für Preußen, sondern auch für ganz Deutschland und die Deutschen in Österreich Bedeutung. Der große Kampf auf dem Gebiete der Schule soll hier zum ersten Male zu einer Niederlage führen.

Wenn der Kultusminister sich auf die Verfassung beruft, so verlangt diese doch in keiner Weise eine so weitgehende Entwicklung des konfessionellen Beweis, wie sie hier geschaffen wird. Es wird ja sogar schon die Forderung gestellt, daß nicht bloß der Religionsunterricht sondern auch der ganze andere Unterricht in konfessionellem Sinne gegeben werden soll. Herr Stöcker will den Geschichts- und geographischen Unterricht konfessionell gegeben wissen. Herr Porsch zeigt, daß auch Adam Riehl vom katholischen Standpunkte aufgefaßt werden kann. Die Brüder Ignoranten werden das noch weiter fortsetzen. In Bezug auf den Geschichtsunterricht wird es dahin kommen, daß z. B. die Reformationszeit für die einen vom katholischen, für die andern vom protestantischen Standpunkte aus vorgetragen werden wird. Indes eine Notwendigkeit ist es doch nicht, daß der Geschichtsunterricht jedesmal so vorgetragen wird, daß der Lehrer sein persönliches Urtheil über die Güte der Sache, welche in dem Streit der verschiedenen Parteien vertreten wird, ausspricht. Sie können doch römische Geschichte vortragen, ohne über jede einzelne Persönlichkeit ein fiktives Urtheil zu sprechen. Denn die einzelne Persönlichkeit läßt sich doch nicht auf Formeln zurückführen, welche für das Kind leicht verständlich sind. Was für einen Eindruck muß es aber auf die Kinder machen, wenn man ihnen an einem bestimmten Punkte der Geschichte sagt: hier beginnt der Gegenstand der Konfessionen. Die Gegenstände so frühzeitig schon zu entwickeln, kann man als eine besondere Wohlthat nicht ansehen. Auch das Vaterland kommt dabei sehr ins Hintertreffen.

Ich habe immer den Standpunkt vertreten, daß Religion und Moral nicht identisch sind. Der Minister spricht zwar, als wenn es keine andere Moral außer der konfessionellen gäbe. Aber in Wirklichkeit gibt es doch auch eine allgemeine menschliche Moral, die auf der inneren Stimmung des Menschen, abgeheben von seiner Konfession und Religion beruht. Die nassauische Schule ist ein Menschenalter nach der Voraussetzung geführt worden, daß es eine unkonfessionelle Moral gibt, in ihr wurde ein rein menschliche Moralunterricht ertheilt. Sie mögen soviel konfessionelle Moral entwickeln, wie Sie wollen, der Grundstock wird doch immer die allgemeine Moral sein (Lachen im Zentrum). Sind denn außerhalb unseres Vaterlandes, in den Kolonien die Menschen lauter Böswillige? (Burk: Moral der Wilden!) Die besten Kenner der Wilden, Seume und Wallace, sagen dazu, daß sie die Wilden für die besseren Menschen hielten (Heiterkeit). Die Menschenfeindheit ist als eine religiöse Institution befunden worden. (Heiterkeit.) Warum sollte nicht eine Erziehung möglich sein, die sich auf die Natur des Menschen stützt? Ich habe nie gefordert, daß die Religion von der Schule ausgeschlossen werden soll. Im Gegenteil, ich habe immer daran festgehalten, daß auch in der staatlichen Schule die Religion eine anerkannte Stellung haben müsse. Aber das ist etwas ganz anderes, als wenn jetzt die Regierung die Konfession als die Grundlage des ganzen Unterrichts hinstellt, von der alles ausgeht, in der sich alles konzentriert.

Ich will nicht daran erinnern, wie wenig die Religion an sich im Stande ist, die bösen Triebe der menschlichen Natur zu unterdrücken. Die Zahl der Verbrecher ist bis in die neueste Zeit hinein keine kleine, die mit Bibelsprüchen außerordentlich beschlagen waren. Aber wäre es nicht vielleicht richtiger, die Kinder zunächst in der allgemeinen menschlichen Moral in der Schule zu erziehen und daneben den konfessionellen Unterricht zu gestatten. Wir wären bereit, mit dem Minister den Versuch zu machen, ob eine für die Praxis brahbare Formulierung für diese Art der Unterrichtsertheilung gefunden werden könnte. Dann würde der Kirche alles zugestanden werden, was überhaupt nur zugestanden werden kann. Auf der anderen Seite würde aber die Entwicklung der Kinder nicht unter das demokratische Domokresschwert gestellt werden. Das wäre auch im Interesse der Lehrer. Bei konfessionellen Schulen wird der Lehrer der Geistlichkeit ausgeliefert, und Konflikte zwischen Lehrern und Geistlichen werden bei der Betonung des konfessionellen Prinzips natürlich zu Gunsten des Geistlichen entschieden werden. Die deutsche Lehrerschaft hat sich bestrebt, im Laufe der Generationen allmählig eine bedeutende Stellung in der Entwicklung der Na-

Inserate, die schriftstellerische Petitionen oder breite Raum in der Morgenausgabe 80 Pf., auf der letzten Seite 80 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an besorgter Stelle entrichtet über, werden in der Abendpost für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr vermerkt, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachmittags, angenommen.

Berantwortlicher für den
Inseratenheft:
J. Slugkis
in Posen.

Was nun die Stellung der Kommunalverwaltung in der neuen Organisation betrifft, so hat die Regierung gewissermaßen die Rolle, welche die geschichtliche Entwicklung unseres Schulwesens für unsere Gemeinden mit sich gebracht hat, vertraut. Die Schule ist keineswegs aus der Kirche hervorgegangen. Das Volksschulwesen ist nicht von der Kirche hergestellt worden. Die Volksschule ist ein Produkt der Reformation, eine protestantische Eroberung, und diese Eroberung ist getragen worden von den deutschen Städten, welche den Gedanken des Volksschulwesens aufgenommen haben. Nicht der Staat hat die Volksschule gefördert; im Gegenteil, er hat damals recht viel gethan, um sie zu schädigen. Wenn eine Stadt diese traditionelle Entwicklung des Volksschulwesens gepflegt hat, dann war es die unsere, von der riesige Mittel aufgewendet wurden, um die Schulen in den Zustand zu versetzen, wie sie jetzt sind, und denn die Staatsregierung als mustergültig anerkannt wird. Denn in unserer Bürgerlichkeit ist in den letzten Jahren keine Beschwerde vorgebracht worden, daß die verschiedenen Konfessionen nebeneinander erzogen werden. Die Bedeutung unseres Gemeindeschulwesens in unserer Stadt beweist die Ausgabe von 8566000 Mk. für das Gemeindeschulwesen, von 7000000 für Belebung des Lehrerpersonals; in 3320 Klassen werden 176278 Schüler unterrichtet. Die Ausgabe, die die Stadt pro Kind macht, beträgt beinahe 48 Mark. Der Entwurf ist geeignet, diese ganze Organisation mit einem Schlag zu vernichten (Sehr wahr! links). Welches Bedürfnis empfindet denn die Regierung, in einer Zeit der höchsten Blüthe mit rauher Hand das Ganze zu rasieren? Welche innere Ratio hat denn diese Art von Uniformirung, welche die Regierung vor hat? Die Regierung geht bei dieser Uniformirung einen ganz umgekehrten Weg, sie fängt mit der Dorfschule an. Die Dorfschule wird gegenwärtig das Modell unserer Schulgegebung (Sehr gut! links). Wir können doch nicht ohne weiteres die ganze Entwicklung der deutschen Pädagogik, der deutschen Stadtschule deshalb preisgeben, weil wir überall die gleichen Verhältnisse herbeiführen wollen. Wir können doch in anderen Gefilden gewisse Differenzen annehmen, die örtlichen Verhältnisse gestalten es doch nicht, alle in einer einzigen Form glücklich zu machen.

Die Regierung geht mit einer außerordentlichen Leichtigkeit über die bestehenden Verhältnisse hinweg. Nach der Städteordnung verhandeln gegenwärtig Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in gemeinsamen Beschlüssen die Schulangelegenheiten; sie wählen die Lehrer und die Regierung bestätigt sie. Jetzt sollen die Städte nur ein Vorlagsrecht haben, und die Regierung soll wählen, obgleich doch die Städte das Geld zahlen müssen und das Recht erheben dürfen, zu prüfen, ob sich gegen die Person ein Anstand findet, die Regierung sagt in ihren Motiven, die Behandlung derartiger Personalfragen durch große Gemeindevertretungen ist unthunlich. Dabei handelt es sich aber um ein bestehendes Recht, das sich durchaus bewährt hat. Ich glaube, daß die Regierung die städtischen Verhältnisse hier garnicht genau kennt. Man zegt uns immer das Bild der Kreisverwaltung, als ob der preußische Staat aus nichts als Kreisen besteht. Man kann doch nicht alles mit einem Schema machen. Die Größe der Vermehrung, welche durch dies Gesetz in dem städtischen Schulwesen angerichtet wird, läßt sich im voraus kaum ermessen. Die große Zahl von Personen, welche gegenwärtig freiwillig sich an den Mühen der Schulverwaltung beteiligen, wird kaum Erfolg finden durch die Hausväter. Diesbezüglich beruht übrigens die gestrige Beurtheilung der Ausführungen von Herrn Richter auf einem Mißverständnis, es handelt sich nur um einen scherhaften Hinweis, daß Junggesellen Hausväter sein sollen. jedenfalls wird durch den Wahlmodus, bei dem der Zufall entscheidet, nicht eine gleichartige Vertretung wie bisher gesichert.

Wenn Sie die Schulen weiter entwickeln wollen, dann werden sich auch die Herren vom Zentrum daran gewöhnen müssen, sie als die Fortsetzung der Reformation anzusehen. Ich wünschte, es wäre möglich, noch in letzter Stunde eine Verständigung zu finden; wir stehen an dem Punkt, wo es sich darum handelt, ob unser Staat künftig ein doppel-konfessioneller Religionsstaat sein soll, der sein Fundament in kirchlichen Dogmen sucht, oder ob wir in der bisherigen Entwicklung fortgehen, in der freieren Richtung des Protestantismus, wo der Laien berechtigt ist, über die Dogmen der Kirche ebenfalls zu entscheiden. Die Herren vom Zentrum gehören zu einer Religionsgenossenschaft, in der jede Mitwirkung des Laien und der niederen Geistlichkeit an der Gestaltung der Dogmen ausgeschlossen ist. Wir Protestanten haben das große Vorrecht aus dem Sturm der Politik gerettet, daß man noch immer die Berechtigung des Laien anerkannt hat. Daran wollen wir festhalten. Wir wollen sehen, wie man an diese Reste der Reformation anknüpfen kann und dahin kommen, daß das Schulwesen im ganzen geregt und auf wirklich deutsch-nationale Grundlagen gestellt werde. (Lebhafte Beifall links.)

Ministerpräsident Graf v. Caprivi: Der Herr Vorredner klagt, daß unsere Staatswesen auf zwei Konfessionen gegründet ist. Für einen Staatsmann, der an der Leitung des Staatswesens beteiligt ist wäre es ungleich leichter und einfacher, wenn nur eine Konfession vorhanden wäre. Aber der Abgeordnete hat in dem, was er darauf lagte, seine eigene Besorgniß vor den Gefahren des Gemeindewesens in einem Staat mit zwei Konfessionen insfern wieder abgewichen, als er sich gegen den theokratischen Staat und die Priesterherrschaft wandte, die er als eine Hauptgefahr bezeichnete. In einem Staat, wie dem unseren, der einen paritätischen Charakter hat, ist die Gefahr nicht vorhanden, daß er der Priesterherrschaft unterworfen wird, schon aus dem Grunde, weil er es mit zwei Priesterschaften zu thun hat.

Ich gebe zu, daß über die Grenzen Deutschlands hinaus eine gewisse Aufmerksamkeit diesem Kampfe folgt. Aber wer ist im Stande, diese Fragen richtig zu beurtheilen? Die Urtheile, wie

sie sich täglich in der Presse finden, verstärken in mir die Überzeugung, daß von tausend Menschen, die über den Geheimtum sprechen, ihn nicht einer gelesen hat, und daß die Zahl der Herren, welche ihn außerhalb dieses Hauses gelesen haben, eine minimale ist, sonst wären solche Urtheile nicht möglich. Es gehört zu einem Studium des Gesetzes, daß man nicht blos dasselbe durchliest, sondern auch durcharbeitet, mit dem vorjährigen Entwurf vergleicht, und endlich auch weiß, was bei uns Rechtes und Verfassung ist. Den ausländischen Zeugen, den Herr Birchow zitiert, kann ich also nicht als kläglich ansprechen.

Herr Birchow machte der Regierung zum Vorwurf, sie schwimme nicht gegen den Strom. Als wir am Ende der vorigen Session eine Rothstandsdebatte hatten, hat die freisinnige Partei alle ihre Kanonen spielen lassen, sie hat mit allen Mitteln ihrer Presse gegen uns agitiert. Ich habe an dieser Stelle gesagt, die Regierung wird zeigen, daß sie gegen den Strom schwimmen kann. Sie hat es Ihnen gezeigt, und wenn sie den Strom bei dieser Gelegenheit noch viel stärker erregen, so werden wir Ihnen wieder den Beweis geben, daß wir gegen den Strom schwimmen können. (Beifall rechts und im Zentrum; Unruhe links.) — Mit Befriedigung habe ich gehört, daß Abg. Birchow der Religion im Staate eine anerkannte Stellung gewahrt wissen will. Wenn er statt "Staat" "Volkschule" setzt und die Schlussfolgerung aus der Anerkennung der Konfessionen zieht, so hoffe ich, daß er auf Grund seiner heutigen Ausführung mit schließlich bei der Konfessionschule anlangt. (Rufe: Oh, Oh! links.)

Ferner habe ich mich gefreut, daß seine Rede in einem Tone gehalten war, der von einer Kriegserklärung nichts in sich hatte. Er äußerte seine Bereitschaft, mit der Regierung in die Beratung der Vorlage einzutreten. Von der freisinnigen Partei haben wir nie mehr verlangt. Er zeichnete sich durch seine Ruhe vortheilhaft aus gegen den Krieger, der gestern von Herrn v. Eynern angeklagt wurde. (Unruhe bei den Nationalliberalen.) Dieser rief der Regierung zu, sie habe mit diesem Gesetz eine Kriegserklärung an die nationalliberale Partei oder vielleicht an alle Liberalen erlassen. Das hat mich überrascht. Als die gegenwärtige Regierung das Gesetz machte, hatte sie keine Ahnung, mit welchen Parteien sie es durchbringen würde. (Gelächter links.) Die Anfangs dieses Entwurfs liegen 6–8 Monate zurück. Wie konnten wir damals wissen, daß Sie die große liberale Partei schaffen wollten? (Unruhe.) Wir haben den Entwurf nach unserer eigenen Überzeugung gemacht, und von einer Kriegserklärung kann hier keine Rede sein. Was sollten wir auch von einem Krieg mit Ihnen für einen Vortheil haben? Wir hatten und haben heute noch den aufrichtigen Wunsch, mit Ihnen in Frieden zu leben. Warum sollten wir Ihnen den Krieg erklären auf Grund einer Vorlage, von der ich noch heute die Überzeugung habe, daß, wenn Sie noch in alten Zeiten lebten, Sie sehr wohl sich mit uns einigen könnten? Wenn ein Kriegszustand eingetreten ist, so ist er uns von der anderen Seite erklärt worden. (Zustimmung rechts.) Zu meinem aufrichtigen Bedauern habe ich seit langer Zeit gerade in der Presse den nationalliberalen Partei wiederholt Angriffe gegen die gegenwärtige Regierung lesen müssen, Angriffe, aus denen ich nicht belehrt wurde, aus denen ich aber entnehmen mußte, daß doch eine mehr oder minder feindliche Stimmung da wäre. Selbst wenn man uns lobte, kam dahinter immer noch ein Fragezeichen; was Gutes wollte man von uns nicht recht wissen, namentlich als ein gewisses größeres Blatt einen Neujahrsartikel brachte, der ja in weiten Kreisen mit Begeisterung gelesen ist. Wo will diese Partei hin? Ich fand keine Motive. Jetzt, nachdem neulich die große liberale Partei proklamiert oder wenigstens in ihren Anfängen der Welt fundgegeben ist, kann ich mir Manches eher erläutern; ich sehe jetzt klarer. Wenn die nationalliberale Partei sich durch Zugziehung von Abgeordneten der freisinnigen Partei verstärken will, so ist mir das nicht unangenehm, nur die Art und Weise, wie diese Partei zu Stande gekommen ist und wie bei diesem Zustand kommen die Redner der beiden Parteien gleich mit Kampfrechten uns entgegengesetzt sind. (Unruhe bei den Nationalliberalen, Rufe: lebhafte Phantasie!) Da habe ich mich davon überzeugt, daß in der That die Kriegserklärung von dort kommt. (Widerspruch.) Ich bin weit entfernt, die Verdienste der nationalliberalen Partei und die Verdienste des Mannes, der ihr Führer an einer anderen Stelle ist, zu erkennen. Es ist mir vollkommen klar, daß Ihrer mein Amtsvorgänger bedarf hat, um Deutschlands Einheit zu schaffen. Nur ist mir fraglich, ob diese Partei auch den Standpunkt, den sie jetzt einnimmt, weiter zu bewahren gewillt ist und ob sie es können wird. Zwei Dinge machen das Weinen der Partei aus, das nationale und das liberale. Ich glaube, Nationalsein ist jetzt nicht mehr ein charakteristisches Kennzeichen einer Partei. National ist, Gott sei Dank, ganz Deutschland. (Heiterkeit und Beifall rechts.) Also auf diese Eigenschaften kann man Parteiunterschiede nicht mehr gründen. Wenn die Partei weiter existieren will, so muß sie nach meinem Dafürhalten den Liberalismus mehr betonen, als sie es gethan hat, und auf diese Weise kann ich mir die Erklärungen der letzten Tage erklären.

Die Redner der nationalliberalen und freisinnigen Partei haben die Befürchtung ausgesprochen, die jetzige Regierung könnte geneigt sein, dem Zentrum weitere Konzessionen zu machen. Das überrascht mich. Wir sind, seit ich die Ehre habe, hier zu stehen, mit der nationalliberalen Partei durch viele Vorlagen gegangen. Doch scheint es zur Zeit, als ob wir uns nicht einigen könnten. Die Regierung hat den Mut, sich von einer Partei zu trennen, von welcher sie unterstützt wurde. Warum sollten wir nicht den Mut haben, wenn die Überzeugung der Partei, die jetzt mit uns geht, nicht mehr die unselige ist, uns auch von ihr zu trennen? Gegenüber den Besorgnissen des Herrn v. Eynern über die Stellung der Regierung zur Jesuitenfrage vermag ich allerdings nicht zu sagen, wie die verbündeten Regierungen sich zu dieser Frage stellen werden. Aber ich glaube mich nicht zu irren, wenn ich annahe, daß die preußische Regierung ihre Stimme gegen die Bulle gegen den Jesuiten abgeben wird.

Ich erkenne in dem, was gesprochen worden ist, um die neue große liberale Partei einzuführen, auch das vollen an: Es hat in der nationalliberalen Partei immer ein gewisser Idealismus gelegen. Durch die Befestigung des deutschen Reiches kann dieser Idealismus aber nicht mehr so aktiv werden. Sie müßte jetzt eine national-konservative Partei werden, wenn sie ihrem Idealismus einen besonderen Ausdruck geben würde. Aber daß sie das Streben hat, den Idealismus auf deutschem Boden zu erhalten, ist mir durchaus sympathisch. Wir sind ja stark daran, daß der Idealismus uns verloren geht. Wenn sie durch das, was Sie jetzt durchmachen, zu einer stärkeren Betonung des Idealismus kommen, so wird das der gegenwärtigen Regierung und speziell mir sehr erfreulich sein.

Die Differenzen, die bei der gegenwärtigen Vorlage hervortreten sind, haben ihren Grund und ihre Wurzeln doch tiefer als man allgemein glaubt, und hierin befindet sich in voller Übereininstimmung mit dem Abg. Dr. Pösch. (Rufe links: Ah!) Ich glaube es handelt sich hier in letzter Instanz nicht um evangelisch und katholisch, sondern um christlich und atheistisch. (Große Auseinandersetzung rechts und im Zentrum; Unruhe und erregte Zwischenrufe links.) Ich meine, eine Religion kann nicht gelehrt werden ohne eine Konfession, und wir haben nun in Deutschland einmal nicht andere Konfessionen, als die uns einmal gegeben sind. Über diese Richtung hinaus geht aber jetzt eine Weltanschauung, die wir nicht theilen,

deren erste Schritte wir schon hören. — Kein einziger theilt sie, — aber die Weltanschauung ist da, und wenn der Herr Birchow die Berliner Schulen zitiert hat, so meine ich, man wird auch in den Berliner Schulen Motive dafür finden können, daß diese Weltanschauung weiter um sich greift, und diese Weltanschauung ist eine atheistische. (Sehr richtig! rechts und im Zentrum.) An jedem Menschen ist das wesentlichste sein Verhältnis zu Gott, das sich auf verschiedene Weise bewußt und unbewußt äußern kann, und daß die Volkschule darauf anzielen muß, den Menschen in dieses Verhältnis zu Gott zu leiten, ist mir keinen Augenblick zweifelhaft (Bravo rechts, Widerspruch links). Ich weiß nicht wie das anders gemacht werden soll als durch das Lehren der Religion. Denn wenn selbst der beredteste Mund eines Universitätsprofessors eine Moral ohne Religionsgrundlagen lehren wollte, so würde ich mir davon wenig Erfolg bei Volkschulkindern versprechen. Wenn man in einem Kampf mit dem Atheismus steht, so ist es unvermeidlich, Religion zu lehren. Ich verweise mich gegen die Schlussfolgerung, daß Sozialdemokratie und Atheismus dasselbe sind; der Atheismus geht zum Theil weiter, zum Theil nicht so weit. Ich halte ihn aber für eine ernste Gefahr des Staatslebens, und wir stehen vor der Frage atheistisch oder nicht? (Widerspruch links, Beifall rechts).

Nichts liegt uns ferner, als Konflikte zwischen Lehrern und Geistlichen, zwischen Geistlichen und Gemeinden, Konflikte zwischen beiden Konfessionen herbeizuführen. Konflikte zwischen Atheismus und Theismus sind da; diese Gegenseite lassen sich nicht wegklären. Sie werden sich mit der Zeit noch verschärfen. Was die Regierung thun will, ist, sich nicht auf ein Bernischen einzulassen, wohl aber auf ein Abgrenzen, und das haben wir durch diesen Entwurf erreichen wollen. Wir wollen Konflikte, so weit es möglich ist, vorbeugen, und wenn Sie dabei mitarbeiten wollen, so sind wir Ihnen dankbar. Wir wollen den Frieden auch mit Ihnen, und ich bitte, stellen Sie sich auf den Standpunkt, wenn Sie etwas objektiv beurtheilen, lassen Sie es nicht zu einer Agitation in dieser Beziehung kommen gegenüber Massen, die nicht fähig sind zu einem Urtheil in dieser Beziehung. Die schwere Noth des 30-jährigen Krieges war notwendig, die Deutschen dazu zu bringen, daß sie sich vertrugen. Sollte es wieder einer schweren Zeit der Noth bedürfen, daß die Deutschen sich auf religiösen Gebiete vertragen? Ich hoffe nicht, und wir alle mit einander werden uns vertragen, wenn alle die Gefahren, vor denen wir stehen, auch ihren Augen deutlicher geworden sein werden. (Lebhafte Beifall rechts und im Zentrum; Bischen links und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Rintelen (Btr.): In einem großen Theile seiner Rede hat mir der Ministerpräsident aus dem Herzen gesprochen. Der Vorwurf, daß der vorliegende Entwurf den Windthorsten-Anträgen entspricht, ist durchaus unrichtig, denn dieser Antrag betrifft nur den Religionsunterricht. Das aber dieser Unterricht von dem Geistlichen am allerheftesten zu erhellen ist, hat Abg. Birchow in einer seiner früheren Reden anerkannt. Statt uns zu belästigen, sollte er uns also in unseren Bemühungen unterstützen. Dasselbe müßte auch Herr v. Eynern thun, der ja die Traditionen der friedericianischen Zeit gepflegt wissen will, denn in dem Schulreglement Friedricks des Großen wird als eine Hauptthätigkeit des Predigers die Erteilung des Religionsunterrichts bezeichnet. Es war also gegen die friedericianische Tradition, als man das Schulaufsichtsgesetz schaffte. Es ist jedoch bekannt, daß seit diesem Gesetz die Sozialdemokraten, Morde, Selbstmorde, Beträgereien zunahmen. Das Zentrum muß daher sein Bedauern aussprechen, daß durch diesen Entwurf an dem Schulaufsichtsgesetz nichts geändert wird. Wir werden in der Kommission noch auf die Frage zurückkommen.

Der Religionsunterricht kann ohne Auseinandersetzung mit der Konfession nicht ertheilt werden. Wer kein positives Bekenntnis hat, hat keine Religion. Nur das geöffnete Bekenntnis lehrt, was gut und schön ist. Unsere moderne Wissenschaft ist aber soweit vorgeschriften, daß ein Professor mit ihr garnicht möglich ist. Das positive Christentum soll aus der Schule beseitigt werden; das werden wir verhindern.

Abg. Frhr. v. Bedatz (fl.): Auch wir stehen auf dem Boden des Christenthums und der christlichen Schule, und halten doch den Entwurf in seiner jetzigen Fassung für unannehmbar (Bravo). Auch wir legen auf die religiöse Erziehung unserer Kinder großen Wert. Wir halten aber an dem vorjährigen Entwurf fest und bleiben dabei vollkommen auf dem Boden des Christenthums und der konfessionellen Schule. Wir weisen den Vorwurf des Atheismus als unbegründet, ja als sinnlos zurück. (Beifall bei den Nationalliberalen.) Aber man darf doch den konfessionellen Standpunkt nicht zu sehr in den Vordergrund stellen auf Kosten der übrigen für die Erziehung maßgebenden Gesichtspunkte. Gerade in einer konfessionell verschiedenen Bevölkerung ist eine einheitliche Schule notwendig, in welcher Vaterlandsliebe, Unabhängigkeit an Preußen und Deutschland gelehrt wird. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.) Rufe rechts: Bravo! Waren das, was Herr Stöcker sagte, nicht etwa auch Phrasen? Eine Mitherrschaft der Kirche in der Schule können wir nicht zugeben. Wir halten uns an die Erklärung des Ministerpräsidenten bei der Einbringung des vorjährigen Entwurfs, daß jener Entwurf die äußerste Grenze darstelle für die Zugeständnisse an die Kirche (Beifall bei den Nationalliberalen).

Gegen die Sozialdemokratie wird allerdings die Bekämpfung durch Christenthum und Religion am wirkamsten sein, und Abg. Richter hat unrecht, wenn er den Kampf nur mit dem Verstand ausgetragen wissen will. Dem Volke muß das Bewußtsein von dem Werthe der idealen Güter erhalten und gestärkt werden. Aber die Bekämpfung wird sich nicht auf das überflüchtliche Gebiet beschränken können, auch die materiellen Interessen werden ihre Berücksichtigung finden müssen. Giebt es doch Leute, die das Christenthum im Kunde führen, wie die "Kreuzzeitung", und doch materielle Interessen in ungewöhnlicher Weise vertreten. (Beifall links, Unruhe rechts.) Was diese Herren wollen, wird nicht dazu beitragen, die Kinder zu selbstständigen Denkern zu erziehen. Das kann die Kirche nicht, die sich nur an das Herz wendet. Dagegen würde der vorjährige Entwurf sehr wohl auch zur Zeit einen Boden der Verständigung abgeben. Die Bewegung gegen das Gesetz ist keine gemachte. Im Interesse der Sammlung aller staatsverhaltenden Elementen sollten wir die Fragen von einer gesetzlichen Regelung ausschließen, bei denen ein so tiefer Zwiespalt und eine so tiefgehende Erregung durch unsere Bevölkerung geht. Lassen wir es hier bei der bisherigen Verwaltungspraxis, wenn Sie sich nicht auf dem Boden unseres Standpunktes mit uns einigen können. In diesem Sinne, im Sinne des Friedens, des Zusammenschlusses der staatsverhaltenden Elemente, wollen wir in die Kommission gehen. (Beifall bei den Freikonservativen und Nationalliberalen.)

Kultusminister Graf Bedatz: Die Regierung betont das Konfessionalitätsprinzip nur insofern, als es sich mit den staatlichen Interessen verträgt. Darin kann ich aber dem Vorredner nicht zustimmen, daß die religiöse Erziehung selbstständiges Denken ausschließt. (Widerspruch. Rufe: Das ist nicht gesagt worden.) Man kann doch heute nicht mehr sagen: ein Mann, der auf absolut positivem Standpunkt steht, muß nothwendiger Weise ein Dummkopf sein. (Beifall rechts.)

Der Unterschied zwischen dem diesjährigen mit dem vorjährigen Entwurf ist gerade auf dem Hauptstreitgebiet minimal und groß nur auf dem Gebiete der Lehrerbildung und des freien Unterrichts. Daß der Entwurf eine Erregung in weiten Kreisen hervorge-

rufen hat, weiß ich; aber in den Gesetzen ist nichts enthalten, was zur Beunruhigung eine reale Grundlage giebt. Alle Bestimmungen, die Sie angreifen, bestehen anstandslos in anderen deutschen Staaten, die dazu noch einen liberalen Charakter haben.

Den Unterschied zwischen Religion und allgemein menschlicher Moral, wie ihn Abg. Birchow gezogen hat, halte ich für falsch. Es gibt wohl eine allgemeine menschliche Unmoral, aber nicht Moral. Den Vorwurf, daß ich die Dorfschule zum Ideal der Stadtschule erheben will, muß ich zurückweisen. Ich bin kein Gegner der Kommunalverwaltung, sondern vielmehr ein Freund derselben. Ich bin es gewesen, der die Selbständigkeit der Berliner Kommunalverfassung in ganz erheblichen Maße im Gegensatz zu früheren Auflösungen praktisch zum Ausdruck und zur Anerkennung gebracht. Die freisinnige Potsdamer Kommunalverwaltung hat mir in Anerkennung meiner Verdienste um die selbständige Entwicklung des Kommunalwesens einstimmig das Bürgerrecht verliehen. In diesem Entwurf will ich das Recht der Stadtschulbehörde erweitern, in Bezug auf Gründung neuer Schulen und Anstellung der Lehrer, während der vorjährige Entwurf den Lehrern überhaupt keinen Platz hätte, ganz nehmen wollte; da kann man doch nicht sagen, daß ich der freien Mitwirkung des Bürgerthums keinen Einfluß gewähren will.

Abg. Dr. Bösch (Btr.): bestreitet die Behauptung des Abg. Birchow, daß eine allgemeine Moral ohne Religion möglich sei. Wenn in Frankreich allgemeine Sittenlehre anstatt des konfessionellen Unterrichts gelehrt werde, so sei immer zu befürchten, daß Kind werde bei jeder Lehre "warum" fragen. Nur das konfessionelle Bekenntnis gebe auf dieses Warum eine Antwort. Redner wendet sich im Weiteren dagegen, daß der Entwurf die Ausführung der Windthorsten'schen Anträge sei; überall sei die Entscheidung dem Staat, nicht der Kirche übertragen.

Abg. Dr. Friedberg (nl.): Wir waren keineswegs von vornherein dem Entwurf gegenüber ablehnend. Wir hätten hier eine andere Stellung eingenommen, wenn man uns auch nur das geringste Entgegenkommen in den Hauptbedenken gezeigt hätte. Der Entwurf hat gewisse Vorzüge gegen den Goßlerischen, in der Erweiterung der Rechte der Stadtschulbehörde und in der Bemühung des Mindestgehalts des Lehrers. Die Nachtheile liegen aber in der übertriebenen Konfessionalität, sodaß künftig die Neuerrichtung von Simultanschulen sogar ganz gehindert sein soll. Mit der Befugnis der Geistlichen, die Leitung des Religionsunterrichts selbst in die Hand zu nehmen, und dem Lehrer über die Methode Weisungen zu ertheilen, giebt der Staat ein wichtiges Aufsichtsrecht aus der Hand. Damit können wir unser Einverständnis nicht erklären. Was die Regierung an der Erweiterung der Stadtschulbehörden gut gemacht hat, hat sie durch die Einrichtung der Schulvorstände wieder verschlechtert. Der konfessionelle Unterricht beschränkt auf jeden Fall die Rechte der Gemeinden, und die Schule selbst erhält in der That durch den konfessionellen Schulvorstand einen zweiten Herrn; wehe dem Lehrer, der dann noch mit dem Geistlichen in Konflikt gerät. Die Konsequenz des übertriebenen Konfessionalitätsprinzips führt zu konfessionellen Gymnasien und Universitäten, ja weiter wieder zur besonderen katholischen Abtheilung im Kultusministerium. Die weitere Folge ist eine Gebundenheit der theologischen Fakultäten, eine Beschränkung der bisherigen theologischen Unterrichtsfreiheit.

Ein Entwurf wie dieser, ist ohne prinzipielle Änderungen allerdings unannehbar, er geht gegen unser Gewissen aus den angeführten Bedenken. Wir haben darum auch ein erhebliches staatliches Interesse, gegen den Entwurf in dieser Form Stellung zu nehmen. Wenn der Reichskanzler dafür kein Verständnis hat, so kann ich nichts dafür. Aber sich dann auf die Brust zu schlagen und uns den Vorwurf des Atheismus zu machen, das ist in den Annalen des Parlamentarismus unerhört. (Lebhafte Beifall links.)

Wenn sich der Minister das badische Gesetz wirklich zum Muster genommen hat, so hätte er sich auch dasselbe in Bezug auf das Privatschulwesen zum Muster nehmen sollen. Denn in diesem Gesetz wird das Privatschulwesen beschränkt. Es ist mir eine Ehre, mit dem Minister zu kämpfen, wie überhaupt mit jedem, der eine selbständige, freie Überzeugung hat. Aber der selbe Minister, der uns stets zur Objektivität ermahnt hat, hat gestern nach der Rede meines Kollegen der artige verlebende Worte gegen den Abg. v. Eynern gebracht, die mich sehr unzufrieden machen. Wenn der Reichskanzler dafür kein Verständnis hat, so kann ich nichts dafür. Aber sich dann auf die Brust zu schlagen und uns den Vorwurf des Atheismus zu machen, das ist in dem Rüttli nicht so unberichtigter, als die Rede des Abg. v. Eynern tatsächlich war. Wenn der Minister damit eine Apothekerin verbunden hat, so ist das Geschmackssache. Wenn der neu aufgehende Stern des Kultusministers Herrn Richter gewissermaßen als eine sonnige Natur herausföhrt, dann kann das für den Abg. Richter nur schmeichelhaft sein, und ich zweifle nicht, daß er sich bei nächster Gelegenheit dafür bedanken wird. Der Vorstoß des Ministers gilt nicht direkt meinem Freunde v. Eynern, auch nicht unserer Partei, er zielt nach einer anderen Stelle. Die beste Illustration dazu bietet die Bemerkung über die Verbrüderung auf dem Rüttli. In der Rede des Abg. v. Bennigsen steht nicht ein Wort von Verbrüderung, sondern es war darin nur angedeutet, daß, wenn dieser Entwurf Gesetz werden sollte, die politischen Konsequenzen von selbst dahin führen könnten, daß die bisher getrennten liberalen Parteien zusammen kämpfen. (Große Unruhe rechts und im Zentrum.) Die wegwerfende Bemerkung von dem Schwur auf dem Rüttli wird dem Anschein des Herrn v. Bennigsen, der sich um das Vaterland so verdient gemacht hat, nicht schaden, sie wird ihm dem Herzen des deutschen Volkes nicht entfremden. Der Schwur auf dem Rüttli erfolgte, weil man sich zu wehren hatte gegen eine Tyrannie, und wenn der Minister zugibt, daß wir uns hier zu wehren haben gegen eine geistige Tyrannie, so thelen wir diese Auffassung. Ich lasse dahingestellt, ob es tapfer war, in dieser Weise auf Baden hinzuweisen, daß der Kaiser ein Mutterland genannt hat. Wenn ein Minister die Grenzen überschreitet, so sind dafür besondere Gründe vorhanden, und die kann ich nur darin finden, daß der Minister bei den gespannten Verhältnissen in Baden auf eine neue Kapitulation seiner Freunde im Zentrum abzielt (Widerspruch im Zentrum). Der Minister stellt die Möglichkeit in Aussicht, daß in den poln. Landesteilen der Religionsunterricht in polnischer Sprache ertheilt werden würde. Wenn wir nun sehen, wie die Leitung des Ministeriums in so kurzer Zeit in dieser Frage schwanken kann, so muß man sich sagen, auch hier handelt es sich vielleicht um eine gewisse Taktik, denn man braucht die Polen zur Durchbringung dieses Gesetzes. (Lebhafte Widerspruch bei den Polen und im Zentrum.)

Wir haben unsere Unterstützung jederzeit nur nach unserer Überzeugung geleistet und würden jede andere Einwirkung verhorresieren. Wenn der Herr Reichskanzler die Betonung des Wortes national als veraltet ansah, so vergibt er, daß Windthorst noch bis zuletzt Partikularist war, und daß das Zentrum mächtig geworden ist, weil es bei jeder staatlichen Vorlage seine Zustimmung nur für Gegenkonventionen gab. Die national-liberale Partei aber hat sich niemals durch besondere Parteiinteressen leiten lassen, wenn es sich um die Erhaltung des nationalen Elements handelt. Auch andere Parteien sind von dem gleichen Streben beeinflusst, und das erklärt das bisherige Zusammenhalten der gemäßigten Parteien, in denen die Regierung einen festen Grundstock hatte. Mit diesem kostbaren Gut aber hat der Herr Ministerpräsident voll-

Kändig abgewirtschaftet. Wir weisen die Unterstellung zurück, als ob wir je Opposition um der Opposition willen gemacht haben. Wir sind in dieselbe hineingetrieben worden und beflogen es, daß die Regierung das nicht vorausgesehen, sondern sich auf den Standpunkt gestellt, die Gesetze mit wechselnden Majoritäten zu machen. Wir nehmen selbstverständlich den Zehnbehandschuh auf, wenn er uns hingeworfen wird. Nach der brüsken gestrigen Art des Kultusministers schien es ja, als ob er hierzu ausserreichen sei. Was ist aus dem Programm des Reichskanzlers geworden? Ein Gesetz haben wir hier, das allgemeine Erregung hervorruft, und nur mit Bitterkeit an den allgemeinen Aufgaben mitarbeiten läßt.

Ich gebe zu, daß die sozialistische Anschauung schwieriger da eindringt, wo religiöse Grundlagen vorhanden sind. Aber wir wollen deshalb doch nicht die Religion bewegen als Schuhmann gegen die Sozialdemokratie, dazu steht sie uns zu hoch.

Wird die Vorlage Gesetz, so haben wir tatsächlich einen neuen Kurs. Hoffentlich befindet sich aber die Regierung noch in leichter Stunde, ob sie diesen Weg betreten will. Wir haben bis jetzt noch auf eine Verständigung gehofft, aber allerdings, wenn man uns athistische Bestrebungen vorwirft, so ist eine Verständigung in weite Ferne gerückt. Uns werden jedoch diese Worte des Ministerpräsidenten im Lande nichts schaden. Es sind vergiftete Pfeile, die auf den zurückfallen, der sie abschießt. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.) Wir finden uns da in guter Gesellschaft mit Herrn v. Gökler und Prof. Beuschlag. Wir werden, wenn uns der Geistesmarkt aufgedrungen wird, ihn mit aller Energie und Standhaftigkeit führen. Dem Lande aber rufe ich zu: Wacht und betet! (Beifall bei den Nationalliberalen. Unruhe rechts.)

Kultusminister Graf Beditz: Der Ton, in den der Herr Voredner in seinem zweiten Theil verfiel, ist nicht von mir, sondern von Ihnen angeschlagen worden. (Lebhafte Widerspruch links). Wenn ein Mann sich so scharfe Invention hat gefallen lassen müssen, wie ich, wenn ich hingestellt werde als ein Mann, der von fremden Einflüssen abhängig ist, wenn dann ihn keine Erregung ergreift, dann ist er empfindungslos, und wenn er der Erregung nicht in scharfen Worten Ausdruck giebt, dann ist er schlapp. (Bravo! rechts.)

Auf die Zwischenbemerkung über den Rüttibund lege ich gar keinen Wert. Die Bedeutung des Herrn v. Bennigsen habe ich keineswegs verkleinern wollen. Die Anspruch des Voredners betrifft des liberalen Mutterstaats Baden mit der Erwähnung unseres Kaisers trägt einen Charakter, den wir alle kennen, aber nicht nennen möchten (sehr richtig! rechts). Darauf antworte ich nicht. Ich habe die Institutionen dieses befreundeten Landes nur hier angeführt, um den Beweis zu erbringen, daß das, was ich bringe, nicht schlechter ist als die Institutionen dieses Landes. Es ist mir nicht im Traum eingefallen den Nationalliberalen den Zehnbehandschuh hinzuzwerfen. Der Streit ist uns am ersten Tage hier aufgeräumt worden. Man wirft uns vor, daß wir den Staat dem Clerikalismus überlassen wollen. Clerikalismus ist ein Schlagwort, bei dem man sich nichts denken kann, und ich wundere mich, wie man beweislos solche Schlagwörter der Regierung, die seit und selbständig ihre Ziele verfolgt, ins Gesicht schleudern kann. (Beifall.)

Darauf vertagt das Haus die weitere Verathung auf Sonnabend 11 Uhr. (Schluß 3½ Uhr.)

Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 29. Jan. Der Bundesrat genehmigte in der am 28. d. M. abgehaltenen Plenarsitzung mehrere Ausführungsbestimmungen zu den neuen Handels- und Zollverträgen, insbesondere die durch dieselben erforderlich gewordene Abänderung des amtlichen Waarenverzeichnisses, und ertheilte den Gesetzentwurf für Elsaß-Lothringen über die Rechtsverhältnisse der Lehrer, über das Notariat, sowie wegen Ausführung des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung die Zustimmung. Der Entwurf einer Verordnung über die Klasseneinteilung einzelner Orte wurde dem Ausschuß für Rechnungswesen und dem Ausschuß für das Landheer und die Festungen, die Resolution des Reichstags wegen Herbeiführung einer statistischen Aufnahme über die Lage der arbeitenden Klassen dem Reichskanzler übertragen. Endlich wurde über die Wiederbesetzung einer Mitgliederstelle bei dem Bundesamt für das Heimathwesen Beschluß gefaßt.

Wien, 29. Jan. Die Unterzeichnung der Konvention betreffend die Verlängerung des österreichisch-spanischen Handelsvertrags bis Ende Juni laufenden Jahres ist durch den österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen und den spanischen Botschafter in Wien heute Nachmittags erfolgt.

Für die Lieferung einer Million Stück neuer bulgarischen Silbermünzen à 5 Frs. ist in Sofia eine öffentliche Lizitation am 12. März cr. anberaumt worden; Offeren sind bis zum 11. März Nachmittags einzureichen.

Wien, 29. Jan. In dem Prozesse gegen das wegen Ermordung von Dienstmädchen angeklagte Ehepaar Schneider wurde heute das Urtheil gesprochen. Beide Angeklagte wurden zum Tode durch den Strang verurtheilt. Die Strafe ist zuerst an der Rosalie Schneider zu vollziehen.

Pest, 29. Jan. Nach den bisher bekannten Wahlresultaten sind 173 Liberalen, 46 Nationale, 49 Unabhängige, 6 Ugronisten und 3 Parteilose gewählt. Die Liberalen gewannen 15 und verloren 25 Sitze, die Unabhängigen gewannen 10 und verloren 11 Sitze, während die Nationalpartei 17 Sitze gewonnen und 5 verloren hat. Die Ugronisten haben einen Bezirk gewonnen, die Parteilosen zwei eingehüßt. In Preßburg, wo als Gegenkandidat Graf Apponyi aufgestellt war, wurde der Justizminister v. Szilágyi mit ungefähr 95 Stimmen Majorität gewählt.

Beru, 29. Jan. Der Ständerath hat mit 34 gegen 6 Stimmen den vom Nationalrath gefassten Beschluß betreffend die Handelsbeziehungen zu Frankreich angenommen, wonach Frankreich vorläufig die Meistbegünstigung erhielt, damit die Unterhandlungen betreffs der Herabsetzung des französischen Minimaltarifs geführt werden können.

Bern, 29. Jan. Der Ständerath hat den Bundesrat ebenfalls ermächtigt, den Handelsvertrag mit Italien, wenn der selbe zu Stande kommt, unter Vorbehalt der Gegenseitigkeit sofort in Kraft zu setzen. Der Nationalrath nahm zustimmend von der Verlängerung des Handelsvertrags mit Spanien Kenntnis.

Rom, 29. Jan. Der Senat ertheilte mit 104 gegen 5 Stimmen den Handelsverträgen mit Deutschland und Österreich-Ungarn, sowie mit 105 gegen 5 Stimmen der Verlängerung des italienisch-spanischen Handelsvertrages seine Zustimmung.

Paris, 29. Jan. Nach Meldungen aus Kairo findet morgen daselbst die Eröffnung des gesetzgebenden Körpers statt. Der Khedive wird die Aufhebung der Frohnsteuer, die Abschaffung der Patentsteuer für die Europäer, sowie die Herabsetzung der Salzsteuer um 50 Proz. ankündigen.

Brüssel, 29. Jan. Im weiteren Verlaufe der Sitzung nahm die Kammer die Kredite für die Vollendung der Maasbefestigungen an.

Madrid, 29. Jan. Die General-Direktion der indirekten Steuern hat an die Zollämtern ein Telegramm gerichtet, wonach die Ladung der Schiffe, welche innerhalb der Frist, die von dem 1. Februar d. J. festgesetzt ist, in einem spanischen Hafen einzulaufen, selbst dann nach dem gegenwärtigen Zolltarif behandelt werden soll, wenn sie nach Ablauf der Frist in anderen spanischen Häfen gelöscht wird.

Madrid, 29. Jan. Im Senat erklärte der Minister der öffentlichen Arbeiten de Isasa bei der Besprechung der Vorbereitungen, welche von Seiten der Sozialisten und Anarchisten für den nächsten ersten Mai getroffen würden, die Regierung nehme die Herausforderung der Feinde der sozialen Ordnung an und werde den Kampf gegen dieselben rücksichtslos weiter führen.

Sofia, 28. Jan. Das Befinden des Ministers Stambulow ist andauernd ein so befriedigendes, daß die Ausgabe von täglichen Bulletins eingestellt worden ist. Die Wunde beginnt zu vernarben und zeigt keinerlei gefährlichen Charakter. Dr. Eiselsberg ist nach Wien zurückgereist; derselbe hatte erklärt, daß eine Operation behufs Auffindung der Augel unnötig wäre.

Angelommene Fremde.

Posen, 30. Januar.

Mylius Hotel de Dresden (Fritz Bremer). Reg. = Assessore Haedermann a. Bromberg, Amtsrath Sasse a. Ottorovo, Rittergutsbes. Kugler a. Schleien, die Fabrikanten Hobrenbach a. Hamburg, Leydicker a. Glückstadt i. Holstein, Verlagsbuchhändler Kaliski u. Frau a. Berlin, die Kaufleute v. Steinmeier a. Breslau, Goldberg a. Großhödau, Treidler a. Leipzig, Wagner a. Greiz, Holländer u. Lippmann a. Breslau, Weiß a. Mainz, Schmidt, Wittenberg u. Quas a. Berlin.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer v. Czapski a. Bardo, v. Chelmicki a. Bzowo, v. Grudzielski u. Frau a. Soleczno, v. Karczewski a. Czarnotek, v. Raczyński a. Steklow, Prof. Faute a. Gollmitz, Rechtsanwalt Plucinski a. Lissa, Fischer u. Frau a. Posen, die Kaufleute Jacoby a. Berlin, Smoldibowski aus Breslau.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Kuzner, Michael und Stern a. Berlin, Gutsbesitzer v. Koczerowski a. Warschau, Gastwirth Schulze a. Legnitz.

Hotel de Rome. — Westhai & Co. Die Kaufleute Daniels, Tieke, Bernhard, Bellmann, Janke, Fichtmann, Krötschiner, Liecker u. Knoche a. Berlin, Zimmer a. Fürth i. Bayern, Vohnhardt u. Busse a. Görlitz, Bichoche a. Oschatz, Mohrsdorfer u. Sauer a. Breslau, Horwitz a. Königsberg i. Pr., Laserstein aus Südingen u. Kug a. Brüthal, Ingenieur Adolph u. Frau aus Koitz, Holzkommissionär Münnich a. Liepe a. O., Major u. Seckendorff a. Birnbaum, Rittergutsbesitzer Graf Lützschau aus Krzeszice.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Raphael a. Dresden, Buchaly a. Gladbach, Rosenzweig a. Reichenbach, Grünberg a. Berlin u. Adler a. Breslau.

Hotel Bellevue (H. Goldbach.) Die Kaufleute Hoffmann u. Meusche a. Leipzig, Siehdner a. Berlin, Ehler a. Stettin, Mendelsohn u. Koppe a. Berlin u. Wittenberg a. Breslau.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Kommissionär Littkewitz a. Thorn, Versicherungs-Inspektor Schönsmuth aus Berlin, die Kaufleute Jansen a. Remscheid, Spielhagen a. Berlin, Weiß a. Frau a. Pleschen u. Swiatkowski a. Janowitz.

Keilerei Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Biner, Rothenberg und Bloch aus Berlin, Peritz, Monika und Grünbaum aus Breslau, Kleinhmidt a. Mühlhausen, Behof a. Kattowitz, Werner a. Eschwege, Zurecki a. Berlin, Chaussee-Aufseher Waser a. Krötschiner.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne) Dr. phil. Nieworth a. Friedrichstadt a. E., Buchhändler Bauer a. Glogau, die Kaufleute Hadel a. Striesen, Jastrow u. Kohn aus Berlin, Mortensen a. Frankfurt a. M. u. Bering a. Dresden.

Handel und Verkehr.

* **Petersburg,** 29. Jan. Die Unterhandlungen wegen Übernahme einer Obligationen-Anleihe von Privat-Eisenbahngesellschaften durch ein Pariser Syndikat sind einstweilen eingestellt worden, weil der von russischer Seite gebotene Übernahmepreis dem letzteren unannehmbare erschien.

** **London,** 28. Jan. Bankausweis.

Totalreserve 14 608 000 Abn. 181 000 Pf. Sterl. Notenumlauf 24 876 000 Abn. 155 000 = = Baarvorrath 23 035 000 Abn. 334 000 = = Portefeuille 28 353 000 Abn. 386 000 = = Guthaben der Privaten 30 626 000 Abn. 109 000 = do. des Staats 5 391 000 Abn. 856 000 = = Notenreserve 13 687 000 Abn. 80 000 = = Regierungssicherheiten 11 262 000 Abn. 400 000 = Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven 40% gegen 39% in den Vorwoche.

Clearinghouse-Umfang 111 Millionen, gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs weniger 34 Millionen.

** **Newyork,** 28. Jan. Die Börse verkehrte im ganzen Verlaufe in recht feiner Tendenz. Schluß sehr fest. Der Umfang der Aktien betrug 341 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3 300 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 147 000 Unzen.

Marktberichte.

Breslau, 29. Jan. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gef. — Ctr. abgelaufene Kündigungsschreine — p. Jan. 225,00 Gd. p. April-Mai 221,00 Br. Hafer (v. 1000 Kilo) p. Jan. 150,00 Br. Rüb. (p. 100 Kilo) p. Jan. 57,50 Br. Spiritus (p. 100 Liter à 100 Proz.) ohne Faz. excl. 50 und 70 Br. Verbrauchsabgabe gekündigt — Litter. p. Jan. (50er) 64,10 Gd. p. Jan. (70er) 44,60 Gd. April-Mai 46,10 Br. Juni-Juli — Br. Bink. ohne Umfang.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1892.

Datum	Barometer auf 0 Stunde. 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Grad.
29. Nachm. 2	744,8	SW	bedeckt	+ 24
29. Abends 9	745,0	NW	frisch	+ 4,2
30. Morgs. 7	746,6	W	sturmisch	+ 6,0
Am 29. Jan.		Wärme-Maximum +	4,5° Cels.	
Am 29.		Wärme-Minimum +	1,0° =	

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 29. Jan.	Morgens 1,34 Meter.
29.	Mittags 1,34 =
=	Morgens 1,40 =

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 29. Jan. (Schlußkurse.)	Still.
Reine Proz. Reichsanleihe 84,50, 3½ proz. L-Pfandbr. 96,90, Konsol. Türk. 18,25, Türk. Loosje 67,50, 4proz. ung. Goldrente 92,35, Bresl. Diskontobank 93,50, Breslauer Wechslerbank 94,50, Kreditaktien 170,00, Schles. Bankverein 110,40, Donnersmarckhütte 80,00, Flößker Maschinenbau —, Kattowitz Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 124,00, Oberschles. Eisenbahn 56,75, Oberschles. Portland-Zement 99,00, Schles. Cement 138,25, Oppeln-Zement 105,95, Schles. Dampl. C. —, Kramlo 119,25, Schles. Zinnsäften 195,00, Laurahütte 108,00, Verein. Oelfabrik 88,15, Odererreich. Banknoten 172,70, Russ. Banknoten 200,40,	
Frankfurt a. M., 29. Jan. (Schlußkurse.)	Wachstärker.
Vond. Wechsel 20,38, 4proz. Reichsanleihe 106,85, österr. Silberrente 81,50, 4½ proz. Papierrente 82,00, do. 4proz. Goldrente 96,80, 1860er Russen 125,00, 4proz. ungar. Goldrente 93,10, Städter 90,80, 1880er Russen 93,00, 3 Orientali. 63,90, unifiz. Egypter 95,60, fom. Türk. 18,20, 4proz. türk. Ans. 83,00, 3proz. port. Ans. 29,70, 5proz. serb. Rente 84,40, 5proz. amort. Rumänier 98,10, 6proz. Mex. 81,50, Böh. Westb. 300, Böh. Nordbahn 162, Franzosen 259, Galizier 182, Gotthardbahn 137,70, Lombarden 81%, Lübeck-Büchen 147,00, Nordwestbahn 186, Kreditaktien 264, Darmstädter 120,30, Mittels. Kredit 98,10, Reichsb. 144,50, Dist. Kommandit 181,30, Dresdner Bank 133,50, Pariser Wechsel 80,966, Wiener Wechsel 172,40, serbische Tabakskredit 85,00, Bögum. Gußstahl 112,40, Dortmund. Union 56,90, Harpener Bergwerk 142,50, Hibernia 124,00, 4proz. Spanier 63,00, Mainzer 113,10.	
Prag, 29. Jan. (Schlußkurse.)	Abgeschwächt.
Bond. Wechsel 20,38, 4proz. Reichsanleihe 106,85, österr. Silberrente 81,50, 4½ proz. Papierrente 82,00, do. 4proz. Goldrente 96,80, 1860er Russen 125,00, 4proz. ungar. Goldrente 93,10, Städter 90,80, 1880er Russen 93,00, 3 Orientali. 63,90, unifiz. Egypter 95	

an Bord Hamburg v. Januar 14,45, v. März 14,65, v. Mai 15,95, v. August 15,25. Ruhig.
Hamburg, 29. Jan. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos ver Jan. —, per März 67 $\frac{1}{4}$, per Mai 63 $\frac{3}{4}$, per Juli 62 $\frac{1}{2}$. Behauptet.
Berl., 29. Januar. Produktenmarkt. Weizen loko ruhig, rer Frühjahr 10,56 Gd., 10,58 Br., per Herbst 9,42 Gd., 9,44 Br. Hafer p. Frühjahr 6,17 Gd., 6,19 Br. — Neu-Mais p. Mai-Juni 5,56 Gd., 5,58 Br. — Kohlraps v. Aug.-Sept. 13,30 Gd., 13,40 Br. — Wetter: Weich.
Petersburg, 29. Jan. Produktenmarkt. Talg loko 54,00, per Aug. —. Weizen loko 14,50. Roggen loko 12,25. Hafer loko 5,50. Hanf loko 45,00. Leinwand loko 15,50. Wetter: Thauwetter.
Paris, 29. Jan. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen ruhig, rer Jan. 25,50, p. Februar 25,40, p. März-April 25,50, p. März-Juni 25,90. — Roggen ruhig, rer Jan. 19,70, per März-Juni 20,70. — Mehl ruhig, p. Januar 53,50, p. Febr. 54,00, p. März-April 55,00, p. März-Juni 55,50. — Rüböl matt, v. Jan. 54,75, p. Febr. 55,00, p. März-April 55,50, p. März-Juni 56,00. — Spiritus ruhig, p. Jan. 45,75, p. Febr. 45,50, p. März-April 45,25, p. Mai-August 44,75. — Wetter: Feucht.
Paris, 29. Jan. (Schlussbericht.) Rohzucker ruhig, 88 p.Ct. loko 38,25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilo v. Jan. 29,87 $\frac{1}{2}$, p. Febr. 40,12 $\frac{1}{2}$, v. März-Juni 40,75, v. Mai-August 41,25.
Savre, 29. Jan. Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee in New York schwach mit 5 Points Haufe.
 Rio 10 000 Sac, Santos 6 000 Sac Rettet für gestern.
Savre, 29. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Beimann, Siegler u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 86,00, p. Mai 81,75, v. Sept. 77,75. Behauptet.
Antwerpen, 29. Jan. Wolle. (Telegr. der Herren Willems u. Comp.) Wolle. La Blata-Zug, Type B, per Febr. 4,20, p. April 4,25, p. August 4,37 $\frac{1}{2}$, entfernte Termine 4,40 Käufer.
Antwerpen, 29. Jan. Getreidemarkt. Weizen ruhig, stieg unbelast. Hafer ruhig. Gerste unverändert.
Antwerpen, 29. Jan. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Mafinixes Type weiß loko 16 bez. und Br., v. Jan. 15 $\frac{1}{4}$ Br., v. Febr. 15 $\frac{1}{4}$ Br., v. Sept.-Dez. 15 $\frac{1}{4}$ Br. Ruhig.
Amsterdam, 29. Jan. Bancazinn 54 $\frac{1}{2}$.
Amsterdam, 29. Jan. Java-Kaffee good ordinary 55.
Amsterdam, 29. Jan. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, v. März 246, p. Mai 249. — Roggen loko geschäftslos, do. auf Termine niedriger, per März 222, per Mai 225. Käufe per Frühjahr —. Rüböl loko 29 $\frac{1}{2}$, p. Mai 27 $\frac{1}{2}$, p. Herbst 27 $\frac{1}{2}$.
London, 29. Jan. 96 p.Ct. Javazucker loko 16 $\frac{1}{4}$ ruhig. Hüben-Rohzucker loko 14 $\frac{1}{2}$ flau. Centrifugal Cuba —.
London, 29. Jan. Chilit-Kupfer 44 $\frac{1}{2}$, per 3 Monat 45.
London, 29. Jan. An der Küste 2 Wetzenladungen angeboten. — Sturm.
London, 29. Jan. (Anfangsbericht.) Fremde Zufuhren seit leichtem Montag: Weizen 48 900, Gerste 9300, Hafer 65 300 Orts. Sämtliche Getreidearten ruhig, matt, flacher Mais stetiger.
London, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlussbericht.) Fremde Zufuhren seit leichtem Montag: Weizen 48 920, Gerste 9320, Hafer 65 250 Orts.
 Sämtliche Getreidearten absolut vernachlässigt, ohne Nachfrage, fremder Weizen $\frac{1}{2}$ ih. niedriger, Mais nominell, fester.
Glasgow, 29. Jan. Rohheiten. (Schluss.) Metted numberis. warrants 43 ih.
Glasgow, 29. Jan. Die Vorräthe von Rohessen in den Stores belaufen sich auf 505 634 Tons gegen 566 983 Tons im vorigen Jahre.
 Die Zahl der im Betriebe befindlichen Hochöfen beträgt 76 gegen 6 im v. J.
Liverpool, 29. Jan. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ball. Ruhig. Tagesimport 1000 Ball.
Liverpool, 29. Jan. Nachm. 12 Uhr 50 Min. Baumwolle. Umsatz 8 000 B., davon für Spekulation u. Export 1500 Ballen. Amerikaner träge, $\frac{1}{16}$ niedriger, Surats ruhig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Jan.-Febr. 4 Verkäuferpreis, März-April 4 $\frac{1}{2}$ do., Juni-Juli 4 $\frac{1}{2}$ Käuferpreis, Juli-Aug. 4 $\frac{1}{2}$ do., Aug.-Sept. 4 $\frac{1}{2}$ d. Verkäuferpreis.
Liverpool, 29. Jan. Baumwollen-Wochenbericht. Wochenumsatz 47 000 B., davon für Spekulation 3 000 B., für Export 1 000 B. desgl. unmittelbar ex. Schiff 82 000, wirklich Export 7 000, Import der Woche 128 000, davon amerikanische 114 000, Vorath 1 653 000, davon amerikanische 1 411 000; schwimmend nach Großbritannien 245 000, davon amerikanische 235 000.
Liverpool, 29. Jan. Getreidemarkt. Weizen 1 d. niedriger, andere Arten ruhig. — Wetter: Schön.

Newyork, 28. Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New-Yorl 7 $\frac{1}{2}$, do. in New-Orleans 7. Raff. Petroleum Standard white in New-Yorl 6,45 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,35 Gd. Hobes Petroleum in Newyork 5,80, do. Pipeline Certificates p. Februar 62 $\frac{1}{2}$. Ziemlich fest. Schmalz loko 6,82, do. Rohe u. Brothers 7,10. Spec short clear Chicago 6,12, Vorl. Chicago p. Jan. 11,80. Buder (Fatt refining Muscovado) 3. Mais (Mais) p. Febr. 49 $\frac{1}{2}$, p. März 49 $\frac{1}{2}$, p. Mai 49 $\frac{1}{2}$. Rother Winterweizen loko 103 $\frac{1}{2}$. Kaffee Roter Mr. 7, 13 $\frac{1}{2}$. — Mehl 4 D. 10 C. Getreidefracht 3 $\frac{1}{2}$. — Käufe — nom. — Rother Weizen per p. Jan. 102, p. Febr. 102 $\frac{1}{2}$, p. März 102 $\frac{1}{2}$, p. Mai 102 $\frac{1}{2}$. Kaffee Mr. 7, los ordinär p. Febr. 12,77, p. April 12,20.

Newyork, 29. Jan. (Anfangsbericht.) Petroleum Pipeline certificates per Febr. 62 $\frac{1}{2}$. Weizen per Mai 101 $\frac{1}{2}$.
Berlin, 30. Jan. Wetter: Regen.
Newyork, 29. Jan. Winterweizen Rother p. Jan. 102 $\frac{1}{2}$ C. p. Febr. 102 $\frac{1}{2}$.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 29. Jan. Die heutige Börse eröffnete in schwacher Haltung und mit zumeist etwas niedrigeren Kursen auf spekulativem Gebiet, wie auch die von den freien Börsenplätzen vorliegenden Tendenzmeldungen weniger günstig laufen.

Das Geschäft entwickelte sich im Allgemeinen ruhig und gewann nur in einigen Ultimoverthen in Verbindung mit der Regulierung größerer Belang; in diesem Zusammenhang machte sich auch vorübergehend infolge von Deckungen auf einzelnen Gebieten eine kleine Befestigung der Haltung bemerklich, doch blieb die Haltung auch später schwach und die Kurse gaben bis zum Schluss zumeist noch weiter nach.

Der Kapitalsmarkt bewahrte ziemlich feste Haltung für heimische solide Anlagen bei mäßigen Umsätzen; Reichs- und Preußischen konsolidirten Anleihen zumeist unverändert; fremde, festen Zins tragende Papiere konnten ihren Wertstand zumeist behaupten bei ruhigem Handel; Italiener erschienen etwas besser.

Der Privatbistone wurde mit 1% Proz. notiert.

Auf internationalem Gebiete gingen österreichische Kreditaktien zu etwas schwächerer und schwächerer Notiz ziemlich lebhaft um; Franzosen, Lombarden und Warschan-Wien waren mehr gefragt und fester, andere österreichische Bahnen, Schweizerische Bahnen ziemlich fest, Centralbahn etwas besser.

Inländische Eisenbahnnatten blieben sehr ruhig bei wenig veränderten Kursen.

Banffthäfen lagen in den Kassawerthen ruhig; die spekulativen Devisen etwas lebhafter, aber unter Schwankung durchschnittlich nachgebend, namentlich Diskonto-Kommanditantheile, Aktien der Deutschen und Dresdenner Bank.

Industriepapiere blieben ruhig bei ziemlich behaupteten Kursen; Montanwerthe schwach und nachgebend.

Produkten - Börse.

Berlin, 29. Jan. Die Verzögerung in der Entscheidung des Reichstags über die Behandlung der Transitorialer wirkte in hohem Grade lärmend auf den Verkehr an der heutigen Getreidebörsen. Unter gleicher Zurückhaltung seitens der Abgeber wie der Käufer blieb das Geschäft sehr gering. Die Preise für Weizenen und Roggen, welche etwas höher eingesetzt hatten, brödelten unter

den gestrigen Schlusswerthen ab. Hafer setzte etwas höher ein, wich aber auf starke nordamerikanische Offerten bis unter den gestrigen Schlusspreis. Roggen mehrl. wenig verändert. Rüböl stark schwankend. Spiritus loko wenig verändert; Termine etwas fester, da zu dem ermäßigten Preise sich mehr Kauflust zeigte und Abgeber fehlten.

Weizen (mit Ausschluß von Raubweizen) p. 1000 Kg. Loko geschäftslos. Termine niedriger. Gefündigt — do. Kündigungspreis — Mt. Loko 204—225 Mt. nach Qualität. Lieferungsqualität 209 Mt. p. diesen Monat 208—208,5—208 bez., p. April-Mai 206,75—207,25—205 bez., per Mai-Juni 207,5 bis 207,75—206 bez., per Juni-Juli 209—207 bez.

Roggen per 1000 Kilo. Loko still. Termine wechselnd. Gefündigt 50 To. Kündigungspreis 216 Mt. Loko 206—218 Mt. nach Qualität. Lieferungsqualität 212 Mt. inländischer —, per diesen Monat — bez., per April-Mai 211,5—209,75 bez., per Mai-Juni 209—207,5 bez., p. Juli-August 193—191,75 bez.

Gerste p. 1000 Kilo. Flau. Große und kleine 156—200 M. nach Qual. Futtergerste 157—167 M.

Hafer per 1000 Kilo. Loko flau. Termine ferner gewichen. Gefündigt — do. Kündigungspreis — Mt. Loko 154 bis 175 Mt. nach Qualität. Lieferungsqualität 159 Mt. Bommericher, preuk. und schles. mittel bis guter 156—165, hochfeiner 172—173 ab Bahn und frei Wagen bez. per diesen Monat 156—154,25 bez., per April-Mai, p. Mai-Juni und per Juni-Juli 156—154,25 bez.

Wheat per 1000 Kilo. Loko matt. Termine matt. Gefündigt — do. Kündigungspreis — Mt. Loko 157—166 Mt. nach Qual., per diesen Monat —, per Jan.-Febr. —, per Febr.-März —, per April-Mai 120—119 bez., per Juni-Juli —.

Erdbeeren p. 1000 Kilo. Kochware 195—240 Mt. Futterwaare 172—180 M. nach Qualität.

Roggengeh. p. 0 und 1 per 100 Kilo brutto inkl. Sad. Termine anfangs höher, schließen matt. Gefündigt — Sad. Kündigungspreis — Mt. per diesen Monat und per Jan.-Febr. 29,2 bis 29 bez., per April-Mai 28,45—28,3 bez., p. Mai-Juni — bez., p. Juni-Juli 27,95—27,85 bez.

Rübbol. p. 100 Kilo mit Fas. Termine schwankend. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loko mit Fas. — Mt. loko ohne Fas. — Mt. per diesen Monat —, per Jan.-Febr. —, per Febr.-März —, p. April-Mai 54,5—55—54,3 bez.

Trockene Kartoffelpflaute p. 100 Kilo brutto inkl. Sad. Loko 34,25 M. — Feuchte dgl. p. loko 19,00 M.

Kartoffelmehl p. 100 Kilo brutto incl. Sad. Loko 34,25 M.

Petroleum. (Raffinates Standard white) p. 100 Kilo mit Fas. in Posten von 100 Str. Termine —. Gefündigt — Kilo Kündigungspreis — Mt. p. diesen Monat —, per Jan.-Febr. —.

Spiritus mit 50 Mt. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loko ohne Fas. 66,1 bez.

Spiritus mit 70 Mt. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Str. Proz. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loko ohne Fas. 46,7 bez.

Spiritus mit 50 Mt. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Str. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loko mit Fas. 46,8 bez.

Spiritus mit 70 Mt. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Str. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loko mit Fas. 46,8 bez.

Spiritus mit 70 Mt. Verbrauchsabgabe p. 100 Str. à 100 Proz. = 10 000 Str. nach Tralles. Gefündigt — Str. Kündigungspreis — Mt. Loko mit Fas. 46,8 bez.

Wheatmeal p. 0 u. 29,25—28,5 bez., do. fine Marken Nr. 0 u. 1 31,00—29,25 bez., Nr. 0 1 $\frac{1}{2}$, M. höher als Nr. 0 und 1 pr. 100 Kg. br. inkl. Sad.

Feste Umrechnung: — Livre Sterl. = 20 M. I. Doll. = 4 $\frac{1}{4}$ M I. Rub. = 3 M. 20 Pf. I. fl. südd. Wösterr. = 12 M. I. fl. W. = 2 M. I. fl. Holl. W. I. M. Zu Af. I. Franc oder I. Lira oder I. Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto. Wechsel v. 29.	Brnsch. 20. T.L. — 105,00 G.	Brn. Hyp.-Pf. 4 $\frac{1}{2}$ 102,50 B.	Warsch.-Teres. 5 97,63 bz	Reichsh.-Pfier. (S.N.V.) 5	Fr. Hyp.-B. (Fr. 120) 4 $\frac{1}{2}$ 115,00 G.	Hauges. Mumt. — 128,00 G.
Amsterdam. 3 8 T. 168,60 G.	Cöln-M. Pr.-A. 3 $\frac{1}{2}$ 134,00 bz G.	rb.Gld.-Pfds. 5 91,10 bz G.	do. Wien. 5 84,02 bz G.	do. Gold-Pfier. 5 102,75 bz	do. Wl. (Fr. 110) 5 101,30 bz G.	Noabit 22,00 bz G.
London 3 $\frac{1}{2}$ 8 T. 20,37 bz	Dess. Präm.-A. 3 $\frac{1}{2}$ 138,50 bz	o. Rente 5 84,75 bz G.	do. o. neue 5 84,75 bz G.	Südost. B. (Lb.) 3 63,25 bz G.	Passage 85,60 bz	Passage 16,00 bz G.
Paris 3 8 T. 80,56 G.	Ham.'s 50 T.L. — 134,75 bz	Stock. 4 98,50 G.	do. Obligation. 5 104,20 bz G.	do. Obligation. 5 100,30 G.	U. d. Linden 157,20 G.	U. d. Linden 157,20 G.
Wien 6 8 T. 172,70 bz	Mein. 7Guld-L. 3 $\frac{1}{2}$ 128,50 bz	do. St.-Pr. 3 $\frac{1}{2}$ 114,70 B. C.	do. Gold-Pfier. 5 97,50 G.	Pre.Hyp.-Vere. Cert. 4 $\frac{1}{2}$ 100,75 bz	Berl.Elekt.-W. 9 175,00 G.	Berl.Elekt.-W. 9 175,00 G.
Petersburg 6 3 W. 198,10 bz	Oidenb. Loose 3 128,00 bz	do. St.-Pr. 3 $\frac{1}{2}$ 114,70 B. C.	Türk. 1865in	Türk. 1865in	Berl. Lagerhof 79,00 G.	Berl. Lagerhof 79,00 G.
Warschau 5 8 T. 198,60 bz		do. St.-Pr. 3 $\frac{1}{2}$ 114,70 B. C.	Pfd. Sternl. i. 1	Brot.-Grasjewo 5 95,60 G.	do. do. do. do. do. do. do. do	